

## Der Schein trügt

**Konjunktur.** Auf den ersten Blick ist die deutsche Wirtschaft robust – das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr der aktuellen IW-Prognose zufolge um 1½ Prozent und 2017 noch um gut 1¼ Prozent wachsen. Doch die Konjunktur wird anfälliger – zu den größten Risiken zählen steigende Lohnstückkosten, eine Wende bei den Energiepreisen und die schwierige Wirtschaftslage in wichtigen Schwellenländern. 

Vorerst bleibt die deutsche Wirtschaft wohl auf Kurs – gegenüber dem vergangenen Herbst hat das IW Köln seine Prognose für das Jahr 2016 nicht revidiert. Diese Stabilität zeigt sich auch in den Ergebnissen der jüngsten IW-Befragung von insgesamt gut 3.000 Unternehmen in Deutschland (Grafik):

**Annähernd 40 Prozent der Unternehmen erwarten für das laufende Jahr einen Produktionsanstieg, rund 15 Prozent einen Rückgang.**

Damit hat sich das Bild seit dem vergangenen Herbst kaum verändert (vgl. iwd 48/2015).

Auffällig ist jedoch, dass sich die Perspektiven der exportorientierten

Wirtschaftsbereiche leicht eingetrübt haben – in der Industrie gehen inzwischen 19 Prozent der Firmen von einer sinkenden Produktion aus. Die stärker auf das Inland ausgerichteten Branchen wie das Baugewerbe sind dagegen zuversichtlicher geworden. Diese Spaltung der Konjunktur zieht sich wie ein roter Faden durch die Prognose und Umfrage des IW Köln:

- **Außenhandel.** Das globale Umfeld ist schwierig. Zum einen leiden die Schwellenländer unter anderem daran, dass die Rohstoffpreise eingebrochen und Strukturreformen →

### Konjunktur: Mehr Zuversicht als Skepsis

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2016 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Insgesamt	
Produktion	14,1	40,3	21,6	37,6	15,2	39,9
Exporte	14,9	28,4	18,7	18,8	15,4	27,2
Erträge	24,9	31,6	21,3	33,6	24,4	31,9
Investitionen	17,9	37,9	19,6	26,1	18,2	36,3
Beschäftigung	15,5	31,2	22,3	31,2	16,4	31,2

Rest zu 100: gleichbleibend; Quelle: IW-Befragung von 2.404 Unternehmen in Westdeutschland und 601 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2016

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien · iwd 17 · Foto: Jonas Köpfer/MEY

### Inhalt

**Strukturwandel.** Das Wachstum in einem Land hängt vor allem vom wirtschaftspolitischen Rahmen ab und davon, wie vernetzt die Produktion ist.  
Seite 3

**Betriebliche Altersvorsorge.** Vorschläge für neue Vorsorgemodelle gegen Altersarmut gibt es viele – dabei ist fraglich, ob überhaupt staatlicher Handlungsbedarf besteht.  
Seite 4-5

**Integer Wirtschaften.** Im Interview betonen sowohl Kardinal Reinhard Marx als auch Jürgen Fitschen, dass es neben Regeln auch das verantwortliche Handeln des Einzelnen braucht, um das Vertrauen in die Wirtschaft zu stärken.  
Seite 6-7

**Löhne und Kaufkraft.** Als Begründung für ihre hohen Lohnforderungen bemühen die Gewerkschaften nicht zuletzt das Kaufkraftargument.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ verschleppt worden sind. Zum anderen steckt die EU in einer Orientierungskrise – so ist im Kampf gegen die in vielen EU-Ländern noch immer hohe Staatsverschuldung keine Strategie erkennbar und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen stellt die Freizügigkeit in Europa infrage.

All dies beeinträchtigt zusammen mit hausgemachten Problemen wie den steigenden Lohnstückkosten auch den deutschen Exportsektor. Zwar rechnen noch rund 27 Prozent der vom IW Köln befragten Unternehmen für 2016 mit höheren Ausfuhren als 2015 und nur gut 15 Prozent mit einem Minus. Doch vor allem der Anteil der Pessimisten ist seit dem Herbst 2015 gestiegen. Die IW-Prognose fällt entsprechend nüchtern aus (Tableau):

**Die deutschen Exporte werden 2016 in realer Rechnung nur noch um 2¼ Prozent wachsen – deutlich schwächer als zuvor.**

Die Importe legen dagegen in diesem Jahr aufgrund der robusten Binnenkonjunktur um 3¼ Prozent zu, sodass der Außenhandel insgesamt die Konjunktur leicht abbremst.

• **Investitionen.** Weil sich das Exportklima abgekühlt hat, ist die Neigung der Firmen, in neue Maschinen zu investieren, nicht allzu groß.

Laut IW-Konjunkturumfrage wollen zwar immer noch gut 36 Prozent der Unternehmen 2016 ihre Investitionen steigern und lediglich 18 Prozent reduzieren. Doch gegenüber den Vorjahren hat der Elan nachgelassen – und vor allem die Betriebe im Osten sowie generell die Industriefirmen halten sich zurück.

Deutlich erholen werden sich allerdings die Bauinvestitionen, unter anderem weil die Verunsicherung an den Finanzmärkten die Bürger noch stärker auf Immobilienwerte setzen lässt und die Flüchtlingszuwanderung sowohl den privaten als auch den öffentlichen Bau ankurbelt.

• **Konsum.** Die zusätzlichen Ausgaben für die Versorgung und Integration der Flüchtlinge werden den Staatskonsum 2016 steigen lassen. Die Zuwanderung schlägt sich aber auch im privaten Verbrauch nieder, sodass die gesamten Konsumausgaben um 2 Prozent zulegen. Im kommenden Jahr schwächt sich das Wachstum des privaten Konsums jedoch ab – der Schub durch sinkende Energiepreise fällt dann weg.

• **Arbeitsmarkt.** Dank der Impulse aus dem Inland setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort:

**Gut 31 Prozent der Unternehmen wollen 2016 zusätzliche Mitarbeiter einstellen – lediglich etwas mehr als 16 Prozent gehen von einem Personalabbau aus.**

Vor allem in Ostdeutschland und im Baugewerbe haben sich die Aussichten seit dem Herbst verbessert.

Zur weiteren Belebung des Arbeitsmarktes tragen auch die Flüchtlinge bei, wenngleich noch in überschaubarem Maße. Für 2016 rechnet das IW Köln mit 64.000 bis 77.000 erwerbstätigen Flüchtlingen, im kommenden Jahr könnten es bis zu 170.000 sein. Allerdings wird durch den Andrang auf den Arbeitsmarkt dann auch die Arbeitslosenquote leicht steigen.

**IW-Prognose für 2016 und 2017**

Deutschland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2015	2016	2017
<b>Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Erwerbstätige	0,8	1	3/4
Arbeitslosenquote	6,4	6 1/4	6 1/2
Arbeitsvolumen	1,1	1	1/2
Produktivität	0,6	1/2	3/4
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1 1/2	1 1/4
<b>Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Private Konsumausgaben	1,9	2	1 1/2
Konsumausgaben des Staates	2,4	2 1/4	2 1/4
Anlageinvestitionen	2,2	2 1/2	2
– Ausrüstungen	4,8	2	3
– Sonstige Anlagen	2,7	2 1/4	2 1/4
– Bauten	0,3	2 1/2	1 1/2
Inlandsnachfrage	1,6	2	1 1/2
Export	5,4	2 1/4	3
Import	5,8	3 1/4	4
<b>Preisentwicklung</b>			
Verbraucherpreise	0,3	1/2	1 1/2
<b>Staatshaushalt</b>			
Finanzierungssaldo	0,6	0	1/4

Stand: April 2016; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**i aus IW-Trends 2/2016**

IW-Forschungsgruppe Konjunktur: Vordergründig robust, hintergründig anfällig – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2016  
[Konjunktur-in-deutschland.de](http://Konjunktur-in-deutschland.de)

# Das Wie entscheidet

**Strukturwandel.** Sind Länder mit einem starken Dienstleistungssektor automatisch wohlhabender als andere Volkswirtschaften? Nein, lautet die Erkenntnis einer IW-Studie, die die Idealbedingungen für Wirtschaftswachstum in Zeiten des Strukturwandels untersucht hat.

Wie Länder mit Veränderungsprozessen umgehen und wie die Bedingungen für einen gelingenden Strukturwandel aussehen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für mehr als 20 Industrieländer untersucht – mit überraschendem Ergebnis:

Es kommt nicht darauf an, was ein Land produziert – um Wirtschaftswachstum zu erzielen, ist viel wichtiger, wie arbeitsteilig die Produktion organisiert ist und ob die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen.

Die Sieger und Verlierer im IW-Vergleich (Grafik):

**Besonders gut ist die Schweiz für den Strukturwandel aufgestellt; Italien, Frankreich und Spanien fördern ihn nur in geringem Maß.**

Punkten können die Eidgenossen vor allem mit ihren Rahmenbedingungen – darunter die gut ausgebaute Infrastruktur oder die stabilen Arbeitsbeziehungen zwischen den Tarifpartnern. Italien und Spanien dagegen haben unter anderem zu wenig Forschungspersonal, auch die Kenntnisse der Schüler in Mathematik und den Naturwissenschaften hinken denen anderer Nationen deutlich hinterher.

Was bedeuten die Analyseergebnisse für die Politik – vor allem für

## Wie Industrieländer den Strukturwandel bewältigen

Ob ein Land gut oder schlecht mit dem Strukturwandel zurechtkommt, hängt stark davon ab, wie gut es in Bezug auf die vier Treiber des Wandels aufgestellt ist: Globalisierung, vernetzte Produktion, Innovation und Wissen sowie wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Diesen vier Treibern des Strukturwandels sind insgesamt 43 Indikatoren zugeordnet:

- Die **Globalisierung** bilden u.a. Handels- und Kapitalbeschränkungen, der Anteil der Ex- und Importe sowie der Direktinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt eines Landes ab.
- Unter **vernetzter Produktion** werden beispielsweise Anteile der ausländischen Wertschöpfung an den Exporten sowie ein Digitalisierungsindex berücksichtigt.
- In **Innovation und Wissen** gehen Indikatoren wie Kompetenzen in Mathematik und Naturwissenschaften, die Zahl der MINT-Hochschulabsolventen und die Zahl der Patentanmeldungen in Relation zur Bevölkerungsgröße ein.
- Die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** werden u.a. bestimmt durch den Ordnungsrahmen eines Landes, den Grad der Regulierung und das Ausmaß der Korruption.

So schneiden die 22 Industrieländer, die das IW Köln untersucht hat, in den vier für den Strukturwandel relevanten Kategorien ab

■ sehr stark ■ stark ■ mittel ■ schwach ■ sehr schwach

	Globalisierung	Vernetzte Produktion	Innovation und Wissen	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Belgien	stark	mittel	mittel	mittel
Dänemark	mittel	mittel	mittel	mittel
Deutschland	mittel	mittel	stark	mittel
Finnland	mittel	stark	mittel	mittel
Frankreich	sehr schwach	mittel	mittel	mittel
Irland	stark	mittel	mittel	mittel
Italien	sehr schwach	sehr schwach	mittel	sehr schwach
Japan	sehr schwach	mittel	stark	mittel
Kanada	mittel	mittel	mittel	stark
Luxemburg	stark	mittel	sehr schwach	mittel
Niederlande	stark	mittel	mittel	stark
Norwegen	mittel	mittel	sehr schwach	mittel
Österreich	mittel	mittel	mittel	mittel
Polen	mittel	mittel	mittel	sehr schwach
Portugal	mittel	mittel	sehr schwach	mittel
Schweden	mittel	stark	mittel	mittel
Schweiz	mittel	mittel	stark	stark
Spanien	mittel	sehr schwach	sehr schwach	sehr schwach
Südkorea	mittel	stark	stark	sehr schwach
Tschechien	stark	mittel	mittel	sehr schwach
USA	sehr schwach	sehr schwach	mittel	stark
Vereinigtes Königreich	sehr schwach	sehr schwach	mittel	stark

Datenstand: von 2011 bis 2015; Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 17

Brüssel, wo viele wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen und Gesetze verabschiedet werden? Damit die Unternehmen in den einzelnen Mitgliedsländern adäquat auf den Strukturwandel reagieren können, sind flexible und offene Märkte wichtig. Um diese zu gewährleisten, sollte die EU den Binnenmarkt wei-

ter ausbauen und neue Handelsabkommen – wie etwa TTIP – vorantreiben und schließen. Brüssel sollte außerdem dafür sorgen, dass die Arbeits- und Produktmärkte in den Mitgliedsstaaten flexibler werden.

Vgl. IW policy paper 6/2016 unter: [iwkoeln.de/structural-change](http://iwkoeln.de/structural-change)

# Neue Daten statt Aktionismus

**Betriebliche Altersvorsorge.** Kommt die Rede auf drohende Altersarmut, sind Politiker schnell mit Vorschlägen bei der Hand. Nach dem vielstimmigen Abgang auf das „Riestern“ wird nun unter anderem eine neue Form der Betriebsrente heiß diskutiert. Ob aber überhaupt staatlicher Handlungsbedarf besteht, ist fraglich – zumal die deutschen Haushalte unbeeindruckt von Minizinsen weiter fleißig sparen. 

Genug Geld zurücklegen für das Alter – ein hehres Ziel. Aktuell schalten sich Politiker wieder vermehrt ins Thema ein – offenbar getrieben vom Glauben, dass sie besser wissen als die Bürgerinnen und Bürger, wie man vorsorgen sollte. Eine Flut von Ideen zur Bekämpfung drohender Altersarmut wird im politischen Betrieb umgewälzt. Zwei davon seien hier kurz vorgestellt:

**1. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat sich die Reform der betrieblichen Altersvorsorge (BAV) auf die Fahnen geschrieben.** Mit dem „Sozialpartnermodell“ will sie eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds einrichten, den die Tarifpartner gemeinsam betreiben sollen.

Die Ministerin unterstellt Nachholbedarf vor allem bei kleinen und mittelgroßen Betrieben. Arbeitgeber würden den Plänen zufolge ver-

pflichtet, neben den Beiträgen zur Rentenversicherung auch in die Pensionskassen einzuzahlen – wobei die Höhe dieser Beiträge in Tarifverträgen verankert werden soll.

**2. Neu ins Rennen geschickt wird nun von hessischen Politikern die „Deutschland-Rente“.** Dabei soll es sich um ein einfaches, kostengünstiges Standardprodukt handeln. Eine Variante sieht vor, dass jeder Mann in die „Deutschland-Rente“ einzahlen muss, es sei denn, er widerspricht ausdrücklich – das soll für eine größere Verbreitung sorgen.

Verwaltet wird der Anlagetopf vom Staat, daher der Name „Deutschland-Rente“. Jeder Arbeitnehmer kann in diesen Topf einzahlen – auf einem Umweg: Der Arbeitgeber zieht die Beiträge vom Gehalt ab und führt sie an die neue Rentenversicherung ab. Das Geld wird an-

schließend am Kapitalmarkt angelegt. Der Fonds soll ohne eigenes Gewinninteresse auf Selbstkostenbasis arbeiten.

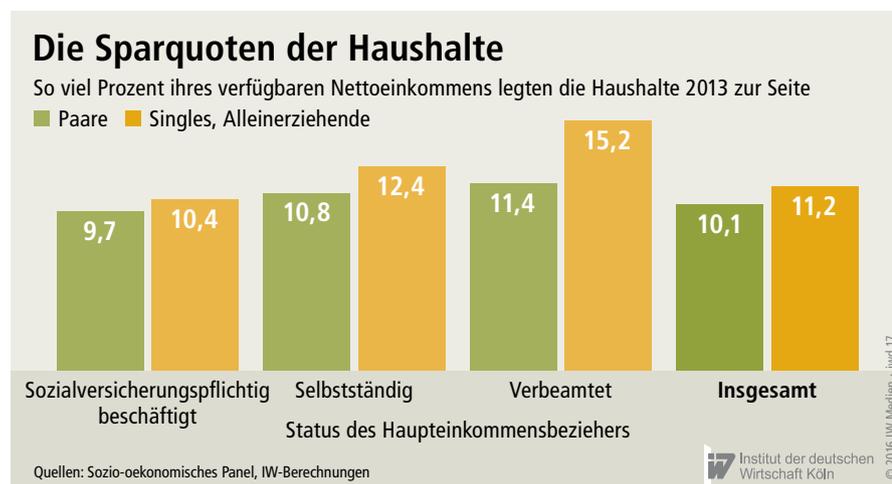
Allen Vorschlägen liegt die Annahme zugrunde, dass die Deutschen nicht genug Geld für ihren Ruhestand zurücklegen – zumal die Riester-Rente die in sie gesetzten Hoffnungen scheinbar nicht erfüllt hat (Kasten). Deshalb sei es Sache des Staates, einzugreifen und auch die Unternehmen mit neuen Vorsorgepflichten zu belasten.

Die bisherige Diskussion lässt jedoch außer Acht, dass der optimale Vorsorgegrad bei jedem Einzelnen unterschiedlich sein kann – je nach Einkommens- und Vermögensausstattung des Haushalts. Erschwerend kommt hinzu: Die Datenlage und die empirische Forschung zur Altersvorsorge sind unbefriedigend.

So tappen auch die politischen Reformer im Dunkeln bei der eigentlich grundlegenden Frage, wie das Portfolio der deutschen Haushalte zum langfristigen Vermögensaufbau genau aussieht. Wie viele Haushalte nicht ausreichend sparen können oder wollen, kann also nur unvollständig geklärt werden.

Eine Auswertung der verfügbaren Haushaltsdaten lohnt dennoch: Zumindest die Verbreitung der wichtigsten privaten Sparformen lässt sich für das Jahr 2013 bestimmen (Grafiken Seite 5).

Die Daten demonstrieren ein sehr hohes Bewusstsein für Altersvorsorge in der Bevölkerung – unabhängig von staatlich geförderten Sparmodellen. Dabei lassen sich drei Zusammenhänge beobachten:



- **Je älter der Haushaltsvorstand ist, desto häufiger existiert auch eine betriebliche Altersvorsorge.**

Das liegt nahe, denn solche Betriebsrenten gewährten Arbeitgeber früher meist erst nach einer gewissen Erwerbszeit. Außerdem stehen in jungen Jahren mit Ausbildung, eigenem Hausstand und Familiengründung dringlichere Ausgaben an. Ist der Haushaltsvorstand im Vorrentenalter zwischen 55 und 64 Jahren, so können sich fast 54 Prozent auf eine BAV verlassen.

- **Paarhaushalte haben eher eine BAV als Einpersonenhaushalte oder Alleinerziehende.** Mit nur einer BAV kann auch der Partner abgesichert werden. Schließlich bilden Paare Versorgungsgemeinschaften, in die auch die Firmenrente einfließt.

- **Im Schnitt sind die Riester-Sparer relativ jung.** Vor allem die 25- bis 44-Jährigen nutzen diese Vorsorgeform, sie erreicht in dieser Altersklasse eine ähnlich hohe Abdeckung wie die BAV. Bei Älteren nimmt die Bedeutung des „Riesterns“ ab, wohl auch weil diese Form der Vorsorge erst seit gut 14 Jahren existiert.

**Rechnet man sonstige private Lebens- und Rentenversicherungen ein, so verfügen mehr als 86 Prozent der Paare und fast 70 Prozent der Singles über eine oder mehrere Formen der Altersvorsorge.**

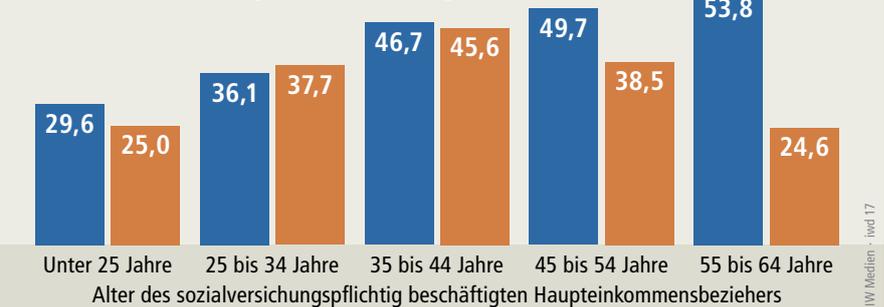
Die Verbreitung der Vorsorgeverträge ist aber nur die halbe Wahrheit. Was letztlich zählt, ist die Höhe der Einzahlungen. Aufschluss darüber geben die Sparquoten der Haushalte (Grafik Seite 4). Sie zeigen nicht nur, welcher Teil des verfügbaren Einkommens zur Vorsorge genutzt wird, sondern auch, welche Rolle der jeweilige Erwerbsstatus spielt.

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen mit einer Spar-

## Jeder zweite Ältere mit betrieblicher Altersvorsorge

So viel Prozent der Haushalte hatten 2013 eine

■ betriebliche Altersvorsorge ■ Riester-Vorsorge

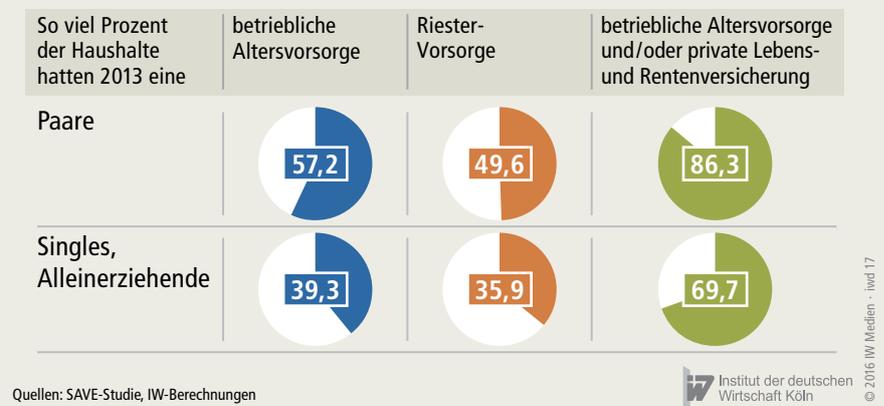


Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, IW-Berechnungen

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iw-d 17

## Altersvorsorge: Oft betrieblich und privat



Quellen: SAVE-Studie, IW-Berechnungen

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iw-d 17

## Riester-Rente

Die Riester-Rente ist ein Anlageprodukt im Bereich der Altersvorsorge, bei dem der Staat durch Zulagen und gegebenenfalls Steuerersparnisse den Sparer beim Vermögensaufbau unterstützt. Der Sparer zahlt jährlich einen gewissen Teil seines Bruttoentgelts in ein zertifiziertes Anlageprodukt ein. Dieser Betrag wird um staatliche Zulagen vermindert, die von der persönlichen

Situation des Sparers abhängen und somit unterschiedlich hoch ausfallen können. Kritiker der Riester-Rente führen an, dass die staatliche Förderung vor allem zu Mitnahmeeffekten bei den Sparern führt, die dank hoher Einkommen sowieso genügend sparen könnten. Insofern ist es durchaus sinnvoll, über eine Modifikation der Förderbedingungen nachzudenken.

quote von rund 10 Prozent fast gleichauf mit Selbstständigen und Beamten. Arbeitslosigkeit macht es dagegen schwer, Geld fürs Alter zurückzulegen.

**Selbst wenn der Hauptverdiener einen Job hat, sinkt die Sparquote – sofern der Partner arbeitslos ist – im Schnitt auf nur noch 3,4 Prozent.**

Hier hilft eine neue Form der Betriebsrente wenig, denn bei Arbeitslosigkeit fehlt die arbeitsvertragliche Grundlage für eine solche

Leistung. Und fürs „Riestern“ mangelt es womöglich an Geld. Wer Altersarmut bekämpfen will, muss also direkt am Arbeitsmarkt ansetzen. Weder die „Deutschland-Rente“ noch das „Sozialpartnermodell“ bieten hier eine Lösung.

## i aus IW-Trends 2/2016

Martin Beznoska, Jochen Pimpertz:  
Neue Empirie zur betrieblichen Altersvorsorge – Verbreitung besser als ihr Ruf  
[iwkoeln.de/altersvorsorge](http://iwkoeln.de/altersvorsorge)

# „Ethik muss zentrales Thema unserer Gesellschaft werden“

Kardinal Reinhard Marx ist Erzbischof von München und Freising sowie Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Der gebürtige Westfale studierte Theologie und Philosophie in Paderborn, Paris, Münster und Bochum.



**Kardinal Marx, der Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik des IW Köln steht in diesem Jahr unter dem Schwerpunkt „Integer Wirtschaften – Werteorientierung in Kirche und Finanzwirtschaft“. Wie wichtig ist dieses Thema für Sie in der heutigen Zeit?**

Es ist nicht nur eine moralische Frage, sondern eine Frage langfristiger ökonomischer Vernunft. Denn alle Erfahrungen zeigen, dass immer dort, wo Menschen nicht vertrauensvoll miteinander umgehen, der Erfolg ausbleibt. Bestes Beispiel ist die Finanzkrise 2007/2008: Misstrauen und ungläubwürdiges Verhalten haben hier zu großen finanziellen und ökonomischen Schwierigkeiten geführt. Ich glaube, dass man nicht nur aus moralischen Gründen sagen sollte, es ist gut, ein integrier Mensch zu sein, sondern ein vernünftiger Mensch richtet auch sein wirtschaftliches Verhalten an langfristigen, nachhaltigen Zielen aus, die er glaubwürdig vertritt.

**Durch die Panama Papers hat gerade diese Glaubwürdigkeit gelitten. Wie hoch schätzen Sie den Imageschaden, der Deutschland und der deutschen Wirtschaft dadurch entstanden ist?**

Hier muss es eine gesellschaftliche Debatte geben: Was erwarten die Menschen in einer freien und offenen Gesellschaft von den Akteuren in Wirtschaft, Politik und Kirche an Transparenz und Offenheit? Das ist die Kernfrage und der sollte sich niemand entziehen. Das heißt nicht, dass nicht jeder ein Recht auf Privatsphäre und private Aktivitäten hat, aber wer poli-

tisch, wirtschaftlich oder gesellschaftlich eine wichtige Position bekleidet, von dem erwarten die Menschen hohe Transparenz über das, was er tut. Das gehört zum Wert Verantwortung als Führungskraft dazu.

**Wünschen Sie sich mehr Regeln und Gesetze, die eine solche Transparenz sicherstellen?**

Regeln regeln nicht alles. Es besteht schon die Gefahr, dass man meint, mit Regeln hätte man dann das Problem gelöst, so nötig sie natürlich sind. Es braucht einfach auch integre Persönlichkeiten, das heißt den Willen, anständig zu handeln. Das wird man nie alles so in Gesetze fassen, dass man sagen könnte: Jetzt kann nichts mehr passieren. Wir brauchen beides: ordentliche, nachvollziehbare Gesetze, die eingehalten werden und ansonsten zu Sanktionen führen. Aber wir brauchen auch mehr moralische Sensibilität bei den Akteuren. Wo die nicht vorhanden ist und wo nur noch gilt, Hauptsache, ich komme durch, Hauptsache, keiner merkt, dass ich meinen Profit mache auf Kosten anderer – das wird nicht gutgehen. Bei einer solchen Haltung helfen auch die besten Gesetze nicht. Wer so denkt, wird immer irgendein Schlupfloch finden. Auch früher schon gab es das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“. Das braucht es auch heute.

**Was müsste denn geschehen, damit sich jeder Einzelne mehr verantwortlich fühlt?**

Die Grundlage ist die Familie, unsere konkreten Beziehungen sind wichtig, unsere Sozialisation, wo wir Vorbilder und Orientierungen erfahren. Aber nötig sind auch Vorbilder in Politik, Ge-

sellschaft, Wirtschaft und Kirche. Das Lernen von ethischen Grundnormen findet wesentlich in der Familie, der Kultur, der Religion statt. Da lernen wir, dass es gut ist, gut zu sein, und nicht etwa, dass der Ehrliche der Dumme ist. Wenn ich das in meinem Umfeld, in meinem Betrieb nicht vorgelebt bekomme, dann fällt eine dauerhafte ethische Orientierung schwer.

**Aber ist das nicht genau das, was uns die Panama Papers gerade zeigen – Profit für den Einzelnen, vorbei an Staat und Gesellschaft und sozialen Verpflichtungen, Deutschland als Steueroase?**

Das ist der Eindruck. Aber ich bin froh, dass ich in einer Gesellschaft lebe, in der solche Dinge auch ans Licht kommen und wir sie kritisch diskutieren – und nicht in einer Diktatur oder gelenkten Demokratie, wo die Pressefreiheit behindert wird und wo im Grunde genommen alles getan wird, damit die, die falschen spielen, nicht entdeckt werden.

## Max-Weber-Preis 2016

Mit dem Max-Weber-Preis hat das IW Köln jetzt zum zwölften Mal herausragende wissenschaftliche Arbeiten aus der Wirtschaftsethik ausgezeichnet. Der Gewinner des Masterpreises, Jan Winkin, untersuchte die Glaubwürdigkeit von Nichtregierungsorganisationen: Im Kampf um mediale Aufmerksamkeit neigen sie dazu, die positiven Ergebnisse ihrer Arbeit zu übertreiben, diagnostizierte er. Bachelorpreisträgerin Janaina Drummond-Nauck diskutierte in ihrer Arbeit die These, wonach Unternehmen ihren Gewinn nicht maximieren können, wenn die Gewinnmaximierung das primäre Ziel ist



## „Legalität ist nicht gleich Legitimität“

Jürgen Fitschen ist Bankmanager, Co-Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bank AG und ehemaliger Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken.

### Herr Fitschen, wie wichtig ist für Sie das Thema „Integer Wirtschaften“?

Als Manager sehe ich das Thema sicher aus einer etwas anderen Perspektive als Kardinal Marx, finde es aber gleichermaßen wichtig. Wir brauchen einen öffentlichen Dialog zur Wirtschaftsethik. Wir Banken müssen uns dieser Diskussion stellen – und zum Beispiel über das Spannungsfeld von Legalität und Legitimität sprechen.

### Warum halten Sie das für das zentrale Thema?

Weil es nicht reicht zu sagen: Alles, was legal ist, ist auch legitim. Gerade wir Banken müssen da höhere Ansprüche an uns selbst haben. Mit der Wirtschaftskrise ist viel Vertrauen verloren gegangen. Strengere Regeln waren die logische Reaktion darauf. Es genügt aber nicht, immer mehr Vorschriften aufzustellen. Da bin ich ganz bei Kardinal Marx. Ein Übermaß an Gesetzen und Vorschriften birgt die Gefahr, dass sich der Einzelne nur noch an die Paragraphen hält – und

sich darüber hinaus nicht mehr für sein Handeln verantwortlich fühlt.

### Legal zu handeln, reicht also in Ihren Augen nicht aus?

Nein, denn Legalität ist nicht gleich Legitimität. Deshalb stehen gerade wir Banken vor der Herausforderung, nicht nur die aktuellen Vorschriften zu beachten, sondern zusätzlich zu antizipieren, was die Gesellschaft auch in fünf oder zehn Jahren noch akzeptieren wird. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen.

### Die Enthüllungen um die Panama Papers und Tausende von Briefkastenfirmen tragen dazu nicht bei ...

Solche Themen machen es uns nicht leichter, da haben Sie recht. Lassen Sie mich aber eines klarstellen: Die Deutsche Bank bietet keine Konten für Gesellschaften an, bei denen sie nicht die Person kennt, die letztlich dahintersteht. Zu dieser Aufklärung sind wir verpflichtet und das gilt auch für sogenannte Offshore-Standorte. Außerdem müssen wir im Rahmen der Geldwäscheprüfungen alles tun, um sicherzustellen, dass über diese Firmen keine illegalen Transaktionen abgewickelt werden. Darauf haben wir ein sehr wachsames Auge. Die Banken in Deutschland haben im Jahr 2015 insgesamt 25.000 Geldwäschanzeigen gestellt. Der Chef des Bundeskriminalamts hat unsere Branche dafür zuletzt ausdrücklich gelobt.

### Das heißt, Sie und Ihre Mitbanker haben immer alles richtig gemacht?

Nein, die Kritik kommt nicht von ungefähr. Wir haben Fehler gemacht. Auch bei der Deutschen Bank haben Mitarbeiter Regeln und teilweise sogar Gesetze

gebrochen, es gab falsche Anreize und unzureichende Kontrollen. Heute tun die Banken viel, um kriminelles Verhalten zu verhindern und aufzudecken. Aber ich kann nachvollziehen, wenn sich die Menschen schwertun, uns das zu glauben. Die Marktwirtschaft ist nicht per se moralisch gut – aber sie ist eben auch nicht per se schlecht. Es liegt an uns, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, damit solche Fehler nicht mehr geschehen.

### Und welche Konsequenzen haben Sie gezogen?

In den vergangenen Jahren haben wir in der Deutschen Bank die Regeln an vielen Stellen verschärft und die internen Kontrollen mit 700 zusätzlichen Mitarbeitern ausgebaut. Wir prüfen heute genauer denn je, mit wem wir welche Geschäfte machen. Wir haben uns von Kunden getrennt, die nicht belegen konnten, dass sie ehrlich ihre Steuern bezahlen, und wir werden dies auch künftig tun. Wir sind auch vorsichtiger, in welchen Ländern und in welchen Branchen wir tätig sind. Neben den Regeln brauchen wir aber auch Werte und Prinzipien, wie wir unser Geschäft betreiben wollen. Hat jeder Mitarbeiter die richtigen Werte verinnerlicht, bestimmen diese das Handeln weitaus stärker, als es Anreiz- und Überwachungssysteme tun. Unsere Mitarbeiter sollen einen inneren Kompass entwickeln, welche Geschäfte statthaft sind und von welchen wir die Finger lassen sollten. Wie ein ethisch handelnder Geschäftsmann, der nicht nur an seine eigenen Interessen denkt, sondern sich auch seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, der Geschäfte macht, bei denen beide Seiten einander fair behandeln und die nicht zulasten Dritter gehen.

und nicht das Konsumenteninteresse. Giuseppe Franco gewann den am höchsten dotierten Wissenschaftspreis mit seiner Dissertation. Ihm gelang eine Neuinterpretation von Studien des Kardinals und Ökonomen Joseph Höffner an der Schnittstelle zwischen Philosophie, Theologie und Wirtschaft.

Festredner war Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising. Den Fachvortrag hielt Jürgen Fitschen, Co-Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bank AG. Der iwD hat diesen Anlass genutzt und mit beiden Rednern ein Interview geführt.

# Schwaches Argument

**Löhne und Kaufkraft.** Die Gewerkschaften fordern in den aktuellen Tarifverhandlungen Lohnerhöhungen um bis zu 6 Prozent. Als Begründung dafür wird nicht zuletzt das Kaufkraftargument bemüht.

Genauso wie die Gewerkschaften glauben, sie müssten in Tarifrunden ihre Muskeln erst einmal in Form von Warnstreiks spielen lassen, so werden sie nicht müde, das Kaufkraftargument zu strapazieren. Demnach stärken kräftige Lohnsteigerungen die Konjunktur im Inland.

Dabei wird unterstellt, dass mit den individuellen Lohnerhöhungen auch die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme wächst. Das würde den Konsum ankurbeln, was in der Konsumgüterindustrie für mehr Jobs und Investitionen Sorge. Letzteres führe dann auch in den Investitions-güterbranchen – also zum Beispiel im Maschinenbau – zu einer steigenden Produktion und zusätzlichen

## Entgelterhöhung: Wie viel in der deutschen Wirtschaft ankommt

Lesebeispiel: Von einer Entgelterhöhung um 100 Euro gibt ein Single im Schnitt 28 Euro für inländische Konsumgüter aus

im Jahr 2016  
in Euro



	Verheiratet, 2 Kinder	Single
	<u>100</u>	<u>100</u>
– Bruttolohnerhöhung	22.20	29.60
– Lohnsteuer, Kirchensteuer, Soli	20.40	19.60
– Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	57.40	50.90
= Nettolohnerhöhung	5.60	4.90
– Ersparnis	20.30	18.00
– Konsum von Importwaren		
= Nachfrageplus nach inländischen Konsumgütern	<u>31.60</u>	<u>28.00</u>

Annahmen: Bruttomonatsverdienst nach Erhöhung von 2.810 Euro; Single kinderlos ab einem Alter von 23 Jahren; Ursprungsdaten: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien  
Iwd 17 - Foto: MEY

Arbeitsplätzen. Dies ließe die Summe aller Löhne und damit auch den Konsum weiter zunehmen.

Doch so überzeugend dies auf den ersten Blick klingen mag – bei näherem Hinsehen erweist sich das Kaufkraftargument als schwachbrüstig. Denn übermäßige Lohnerhöhungen schaden der Konjunktur eher, als dass sie ihr auf die Sprünge helfen. Das hat mehrere Gründe:

- **Kostensteigerungen.** Wenn die Entgelte angehoben werden, steigen auch die Produktionskosten der Unternehmen – die ohnehin schon mit der Verteuerung importierter Vorleistungen zu kämpfen haben. Zugleich wird der Vorteil, den der schwache Euro den exportorientierten Industriefirmen auf dem Weltmarkt beschert, durch die steigenden Lohnkosten zunichtegemacht.

- **Arbeitsplatzverluste.** Die kostenbedingten Wettbewerbsnachteile

können am Ende sogar zu einem Abbau von Jobs führen, was den Konsum dann möglicherweise unterm Strich schrumpfen lässt.

- **Sickereffekte.** Doch auch wenn man den Blick auf den einzelnen Arbeitnehmer beschränkt, kommt dessen Lohnplus am Ende nur zu einem kleinen Teil der deutschen Wirtschaft zugute (Grafik):

**Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der pro Monat 2.710 Euro brutto verdient, gibt von 100 Euro Lohnerhöhung im Schnitt nur 32 Euro für inländische Konsumgüter aus – bei einem Single sind es sogar lediglich 28 Euro.**

Der große Rest fließt in Form von Steuern und Sozialabgaben an den Staat, wird vom Arbeitnehmer gespart oder landet durch den Kauf von Importgütern in den Kassen ausländischer Firmen.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer  
(verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann,  
Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,  
Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich  
(außer Juli und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-  
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Presspiegel unter:  
pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.